



Foto: dpa

Sachsen-Anhalt

Wolfgang Böhmer bestätigt

Sachsen-Anhalt wird erstmals von CDU und SPD gemeinsam regiert. Auf seiner konstituierenden Sitzung wählte der Magdeburger Landtag Wolfgang Böhmer erneut zum Ministerpräsidenten.

Nach seiner Wiederwahl nannte Wolfgang Böhmer als

Hauptschwerpunkte der Arbeit der neuen Regierung die Schaffung von Arbeitsplätzen und die wirtschaftliche Entwicklung. Trotz des Wechsels des Koalitionspartners werde es „eine faire und sachliche Arbeit im Parlament geben“, kündigte der alte und neue Ministerpräsident an. ▶

INHALT

Girls' Day:
In Zukunftsberufen
Fuß fassen
Seite 3

Bündnis für Erziehung
Deutsche Handschrift
der Union
Seite 4

Bürokratieabbau
Weniger Bürokratie –
bessere Rechtsetzung
Seite 5

DIE REGIERUNGSMANNSCHAFT DER CDU SACHSEN-ANHALT

- Minister für Wirtschaft und Arbeit: **Reiner Haseloff**
- Minister für Landesentwicklung und Verkehr: **Karl-Heinz Daehre**
- Ministerin für Landwirtschaft und Umwelt: **Petra Wernicke**
- Kultusminister: **Jan-Hendrik Olbertz** (parteilos)
- Chef der Staatskanzlei: Staatsminister **Rainer Robra**

Ziel sei eine Politik, die Lösungen für die Menschen in Sachsen-Anhalt bringe.

In der neuen Landesregierung besetzen CDU und SPD je vier Fachressorts. Die Zahl der Ministerien bleibt damit bei acht. Stellvertretender Ministerpräsident und neuer Finanzminister ist der SPD-Spitzenkandidat Jens Bullerjahn.

Auf dem 16. außerordentlichen Landesparteitag der CDU in Aschersleben hatten zuvor 89 Prozent der 172 Delegierten für den 60 Seiten umfassenden Koalitionsvertrag von CDU und SPD gestimmt. Der Landesvorsitzende Thomas Webel wertete das Ergebnis als kri-

tische Zustimmung zu den ausgehandelten Ergebnissen. „Der Kompromiss zur Einheitsgemeinde und die Ressortverteilung zwischen SPD und CDU werden von vielen Mitgliedern unserer Partei nur mit lautem Zähneknirschen akzeptiert. Dennoch trägt der Koalitionsvertrag deutlich die Handschrift der CDU. Wir haben uns in den meisten inhaltlichen Punkten gegenüber der SPD klar durchgesetzt, so dass wir den 2002 eingeschlagenen Kurs für mehr Arbeit und Wachstum für Sachsen-Anhalt fortführen können.“ Der CDU-Landesvorstand hatte bereits zuvor einstimmig beschlossen, den Delegierten

des Landesparteitages die Zustimmung zum Koalitionsvertrag zu empfehlen.

Auch auf dem Landesparteitag der SPD war die Koalitionsvereinbarung, die den Titel „Sachsen-Anhalt – Land mit Zukunft“ trägt, ebenfalls mit großer Mehrheit gebilligt worden. Schwerpunkte der Koalitionsvereinbarung sind die Themen Wirtschaft, Arbeit, Bildung und Konsolidierung der Staatsfinanzen.

Die CDU hat im neuen sachsen-anhaltinischen Landtag 40 Sitze, die Linkspartei 26, die SPD 24 und die FDP sieben.

www.cdulsa.de

IMPRESSUM

UID

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Harald Walter, Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin, Telefon 030-22070-372, E-Mail: uid@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Telefon 02226-802-0, Telefax 02226-802-111-333. Vertrieb: Telefon 02226-802-213, E-Mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de. Verlagsleitung: Bernd Proffittlich. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 €. Abbestellung schriftlich oder per E-Mail nur unter Einhaltung einer Frist von 3 Monaten zum Quartalsende. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

Girls' Day

In Zukunftsberufen Fuß fassen

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat in Berlin den Startschuss für den sechsten Mädchen-Zukunftstag „Girls' Day“ gegeben.

Die Vorsitzende der CDU Deutschlands empfing 24 Mädchen aus Berliner Schulen im Kanzleramt und ermutigte sie, sich bei ihrer Ausbildungs- oder Studienwahl für zukunftssträchtige Berufe im technischen und naturwissenschaftlichen Bereich zu entscheiden. Es könne nicht sein, dass sich Mädchen von insgesamt 150 Ausbildungsberufen immer wieder die gleichen zehn aussuchten.

Zusammen mit der Kanzlerin konnten die Mädchen einen Unternehmens-Parcours durchlaufen, um technische Berufe auch von ihrer praktischen Seite kennen zu lernen. Unternehmen der Initiative D21 boten dabei „IT zum Anfassen“.

Mit ihrem Werdegang und ihrer Ausbildung als Physikerin möchte die Kanzlerin Vorbild für junge Frauen sein. Viele entschieden sich noch immer für „typisch weibliche“ Berufe. „Leider haben noch zu viele Mädchen Sorge, dass sie in Zukunftsberufen nicht Fuß



Foto: dpa

fassen können. Dabei können Mädchen den Dingen genauso gut auf den Grund gehen wie Jungen“, betonte Merkel. Sie forderte zugleich auch Jungen auf, weniger rollenspezifische Berufe zu wählen.

Am Beispiel ihres eigenen Studiums gab Merkel den Schülerinnen einen guten Rat mit auf den Weg. „Die Jungs greifen erst mal zu“, erinnerte sich Merkel an Studienzeiten am Labor-tisch. Das bedeute aber auf keinen Fall, „dass sie auch gleich wissen, wie es geht“. Als Frau müsse man sehen, wie man sich da durchsetze.

Mit ihrer Studienkollegin sei Sie jedenfalls oft früher fertig gewesen als das Männerteam am Nebentisch.

Das Bundeskanzleramt beteiligte sich zum vierten Mal am Girls' Day. Aufgrund der Reise der Bundeskanzlerin nach Rußland fand die Auftaktveranstaltung zwei Tage vor dem eigentlichen Girls' Day statt, an dem bundesweit mehrere tausend technische Unternehmen, Betriebe, Hochschulen und Forschungszentren ihre Türen für Schülerinnen der fünften bis zehnten Klasse öffneten.

Bündnis für Erziehung

Handschrift der Union im „Bündnis für Erziehung“

Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen hat den Grundstein für ein „Bündnis für Erziehung“ gelegt. In einem ersten Gespräch traf sich die Ministerin mit Vertreterinnen und Vertretern der beiden großen christlichen Kirchen.

Gemeinsam sollen in den nächsten Monaten praxisorientierte Standards für eine wertorientierte Erziehung von Kindern erarbeitet werden. Bereits für den Sommer sind dazu vier Konferenzen in Düsseldorf, Hannover, Berlin und München geplant.

Grundlage für Kernkompetenzen

Ursula von der Leyen sagte, dass eine wertorientierte Erziehung die Grundlage für spätere Kernkompetenzen von Kindern sei. Dabei gebe es eine gemeinsame Verantwortung der Eltern und der Pädagogen in Kindertagesstätten und Schulen. Ihnen wolle das Bündnis konkrete Handlungsvorschläge für



Ursula von der Leyen, Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

die Erziehung an die Hand geben. Die Ministerin unterstrich, dass in einer pluralen Gesellschaft zunächst die eigene Position klar sein müsse. Erst dann könne man sich gegenüber anderen Werten öffnen. Zudem würden 44 Prozent aller Kindertagesstätten in Deutschland von den Kirchen betrieben. Auf diesen Strukturen könne man erfolgreich aufbauen.

Christliches Menschenbild

Generalsekretär Ronald Pofalla hob hervor, dass mit dem „Bündnis für Erziehung“ die Handschrift der Unionsparteien als Volks-

parteien mit einem christlichen Menschenbild in der Arbeit der Großen Koalition deutlich erkennbar sei. Zudem habe die Werteordnung des Grundgesetzes ihr Fundament auch im christlichen Menschenbild. „Gerade in Zeiten der Globalisierung müssen wir unseren Kindern wieder vermehrt die wichtigen christlichen Grundwerte des gesellschaftlichen Zusammenlebens wie Gemeinsinn, Solidarität, Toleranz, Wahrhaftigkeit und Nächstenliebe vermitteln“, so Pofalla.

Ursula von der Leyen betonte, dass das Bündnis als ein sich entwickelnder Prozess aufzufassen sei. Im Herbst sollen gemeinsam mit allen Wohlfahrts- und Familienverbänden, mit anderen Glaubensgemeinschaften sowie mit Partnern aus der Wirtschaft weitere Schritte verabredet werden. „Wir setzen auf die weitere Unterstützung aus vielen gesellschaftlichen Bereichen. Auch andere religiöse Gruppen sind herzlich eingeladen, sich in das neue Bündnis einzubringen“, sagte die Ministerin.

Bürokratieabbau

Weniger Bürokratie – bessere Rechtsetzung

Das Bundeskabinett hat ein „Programm für Bürokratieabbau und bessere Rechtssetzung“ auf den Weg gebracht. Ziel ist es, mehr Freiraum für Bürger und Wirtschaft zu schaffen. Von dem Programm werden insbesondere kleinere und mittlere Unternehmen profitieren, um neue Chancen für mehr Wachstum und Beschäftigung zu eröffnen.

Die Vermeidung neuer Lasten ist ein zentraler Schwerpunkt des Programms. Die Bundesregierung verpflichtet sich daher mit dem Beschluss, Bürokratiekosten durch neue Informationspflichten zu vermeiden. Darüber hinaus sollen bestehende Auflagen für Unternehmen, Bürger und Verwaltung deutlich gesenkt werden. Abweichungen von dieser Selbstverpflichtung sind nur durch einen ausdrücklichen Beschluss des Kabinetts möglich.

Auch auf europäischer Ebene wird sich die Bundesregierung mit Nachdruck für die Vermeidung neuer und den Abbau bereits bestehender Informationspflichten einsetzen.



Hildegard Müller, Staatsministerin im Bundeskanzleramt

zen. Die deutsche EU-Präsidenschaft im kommenden Jahr bietet Gelegenheit, dieses Ziel voranzutreiben.

Im einzelnen wurden die folgenden Maßnahmen beschlossen:

- Einbindung eines Normenkontrollrates („Bürokratie-TÜV“) als unabhängiges Kontroll- und Beratungsgremium in die Gesetzgebung: Ziel ist es, dass der Normenkontrollrat die Vorhaben der Bundesregierung sowie den bestehenden Normenbestand hinsichtlich des daraus resultierenden bürokratischen Aufwands überprüft.
- Aufgrund der Erfahrungen in den Niederlanden und Großbritannien wird mit dem „Standardkosten-Modell“ auf Bundesebene erstmalig eine einheitliche Messmethode zur Ermittlung von Bürokratiekosten durch Informationspflichten eingeführt. Dies schließt insbesondere Statistiken sowie Nachweis- und Dokumentationspflichten ein. Die Bundesregierung wird ein quantitatives Ziel zum Bürokratieabbau durch die Ressorts festlegen, dessen Umsetzung durch das Bundeskanzleramt kontrolliert wird.
- Als Koordinatorin für Bürokratieabbau und bessere Rechtsetzung ist die Staatsministerin Hildegard Müller (CDU) ernannt. Sie wird Maßnahmen zum Abbau von Bürokratie steuern und als Ansprechpartnerin im In- und Ausland zur Verfügung stehen. Ein Staatssekretärsausschuss wird unter ihrem Vorsitz als Lenkungs-gremium innerhalb der Regierung dienen.
- Das Mittelstands-Entlastungs-Programm (im Koalitionsvertrag als „Small

Companies Act“ bezeichnet) baut mit 16 Maßnahmen ganz konkret bürokratische Lasten ab. Weitere Projekte sollen im Laufe der Wahlperiode abgearbeitet werden. So wird etwa die steuerliche Buchführungspflicht von 350.000 auf 500.000 Euro

angehoben und damit 150.000 Unternehmen entlastet. Die Statistik des produzierenden Gewerbes wird nicht mehr die Unternehmen umfassen, die zwischen 20 und 50 Beschäftigte haben. Damit werden 25.000 von bisher 48.000 Unternehmen anstatt mo-

natlich nur noch ein Mal jährlich befragt. Und die Pflicht zur Bestellung eines Datenschutzbeauftragten wird auf Unternehmen reduziert, die mindestens zehn statt bisher fünf mit der Personendatenverarbeitung betraute Mitarbeiter beschäftigen.

STARTSCHUSS FÜR MUTIGEN BÜROKRATIEABBAU

Mit dem Beschluss des Bundeskabinetts zum Bürokratieabbau macht die Bundesregierung Ernst mit ihrem Kampf gegen Bürokratie, Paragrafendschun- gel und unnötige Regelungswut.

Zum ersten Mal wird in Deutschland mit dem Normenkontrollrat auf Bundesebene ein unabhängiges Gremium eingesetzt, dass nach objektiven Kriterien und umfassend Bürokratiekosten eines jeden neuen Gesetzes und sukzessive auch des bestehenden Normenbestandes messen wird. Regierung und Parlament wird damit künftig vor Inkrafttreten neuer Regeln öffentlich der Spiegel vorgehalten, wie teuer gesetzliche Informations- und Auskunftspflichten für Bürger und Betriebe tatsächlich sein werden. Der Normenkontrollrat schafft so

erstmal den nötigen öffentlichen Druck, unnütze und teure Gesetze abzuschaffen bzw. gar nicht erst entstehen zu lassen.

Bürokratie ist eine der größten Wachstumsbremsen der deutschen Wirtschaft. Nach Berechnungen unabhängiger Institute belasten übertriebene Regulierungen deutsche Unternehmen durchschnittlich mit jährlich etwa 46 Mrd. Euro. Reduziert man bürokratische Belastungen, ist dies ein kostenloses Konjunkturprogramm, das gerade dem Mittelstand zugute kommt.

Bundeskanzlerin Merkel hat den Bürokratieabbau zur Chefsache erklärt. Daran seien alle erinnert, die glauben, man könne sich wie in der Vergangen-

heit um mutige Schritte herumogeln. CDU/CSU werden dafür Sorge tragen, dass diese Herkulesaufgabe in den nächsten Monaten und Jahren an prominenter Stelle auf der Tagesordnung bleibt und Bürger und Unternehmer

bürokratische Entlastung verspüren werden.

Weniger Bürokratie bedeutet aber nicht nur mehr Freiräume, sondern auch mehr Eigenverantwortung. Hier ist mehr Mut nicht nur von der Politik, sondern auch von jedem Einzelnen gefordert. Bürokratieabbau ist und bleibt eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Michael Fuchs ist der Vorsitzende des Parlamentskreises Mittelstand der Bundestagsfraktion.



Michael Fuchs

Otto Bernhardt

Dringende Reform der Gewerbesteuer

Wie im Koalitionsvertrag verabredet, wollen wir im zeitlichen und sachlichen Zusammenhang mit der Fortentwicklung der Unternehmensbesteuerung auch die Fortentwicklung der Gewerbesteuer entscheiden.

Ziel dabei ist eine wirtschaftskraftbezogene kommunale Unternehmensbesteuerung mit Hebesatzrecht, die administrativ handhabbar ist, den Kommunen insgesamt ein stetiges Aufkommen sichert, die interkommunale Gerechtigkeit wahrt und keine Verschiebungen zu Lasten der Arbeitnehmer vorsieht.

Die Kommunen brauchen eine zukunftsfähige und vor allem verlässliche Kommunalfinanzierung. Dem wird die Gewerbesteuer in ihrer heutigen Form aus meiner Sicht nicht mehr gerecht. So spricht gegen die Gewerbesteuer, dass sie stark konjunkturabhängig ist und erheblichen administrativen Aufwand verursacht. Auch steuersystematisch ist die Gewerbesteuer schwer zu rechtfertigen, da sie nur an eine Einkunftsart des Einkommensteuergesetzes anknüpft (gewerbliche Einkünfte). Diese Frage wurde bereits vom Niedersächsischen Finanzgericht dem



Otto Bernhardt

Bundesverfassungsgericht zur Entscheidung vorgelegt – eine Entscheidung steht noch aus. Zudem darf nicht außer Acht gelassen werden, dass die Sonderbelastung mit Gewerbesteuer einer der Hauptgründe dafür ist, dass in Deutschland die Steuerbelastung der Unternehmensgewinne mit ca. 39 Prozent europaweit am höchsten ist.

All dies macht deutlich, wie dringend eine Fortentwicklung der Gewerbesteuer hin zu einer tragfähigen Kommunalfinanzierung ist. Wie eng dabei die Verbindung mit einer grundlegenden Reform der Unternehmensbesteuerung ist, zeigen die zwischenzeitlich von der Stiftung Marktwirtschaft (SMW) und dem Sachverständigenrat (SVR) vorgelegten Reformkonzepte, die in der breiten

Öffentlichkeit große Beachtung gefunden haben. Bei beiden Modellen besteht Konsens, dass eine nachhaltige Reform der Unternehmensbesteuerung eine Fortentwicklung der Gewerbesteuer unbedingt umfassen sollte. Die SMW hat zur Kommunalfinanzierung mit dem Vier-Säulen-Modell ein konkretes Konzept vorgelegt, welches vom SVR ausdrücklich unterstützt wird:

Erste Säule: Grundsteuer

Die Grundsteuer bleibt für die Kommunalfinanzierung erhalten. Dabei unterstützt die SMW die Vorschläge von Bayern und Rheinland-Pfalz zur aufkommensneutralen Reform der Grundsteuer unter Beibehaltung des gemeindlichen Hebesatzrechts mit einer vereinfachten und realitätsnäheren Bewertung von Grund und Boden sowie Gebäuden.

Zweite Säule: Bürgersteuer

Derzeit ist der kommunale Anteil von 15 Prozent

an der Einkommensteuer für den Bürger nicht erkennbar. Anstelle dieses Anteils soll die offen ausgewiesene Bürgersteuer treten, um so das Band zwischen Bürger und Kommune zu stärken. Dafür wird der Einkommensteuertarif entsprechend gemindert. Die tatsächliche Besteuerungshöhe wird von den Gemeinden über ein Hebesatzrecht bestimmt, was auch zu einer Entlastung des Bürgers führen kann.

Dritte Säule: Kommunale Unternehmensteuer

Als Ersatz für die Gewerbesteuer wird eine kommunale Unternehmensteuer eingeführt. Diese wird von allen Unternehmen erhoben, die der allgemeinen Unternehmensbesteuerung unterliegen. Bemessungsgrundlage ist der Gewinn. Die Kommunen erhalten ein Hebe-

satzrecht. Angedacht ist eine durchschnittliche Belastung von 6 bis 8 Prozent des Gewinns. Damit erhalten die Gemeinden eine moderne und wettbewerbsfähige kommunale Zuschlagsteuer mit Hebesatzrecht.

Vierte Säule: Beteiligung am Lohn- steueraufkommen

Als weiteren Ersatz für die Gewerbesteuer erhalten die Gemeinden einen Anteil am Lohnsteueraufkommen. Die Gemeinde, in der ein Arbeitnehmer tätig ist, erhält damit einen unmittelbaren Anteil an dessen Lohnsteuer. Dieser Anteil ist vom Unternehmen an die Betriebsstättengemeinde abzuführen und wird vollständig auf die Lohnsteuerschuld angerechnet, so dass das Unternehmen – im Gegensatz zu einer Lohnsummensteuer – keiner zusätzlichen Belastung unterliegt. Dieser Anteil wird

von allen Arbeitgebern abgeführt, so dass auch nicht gewinnorientierte Unternehmen und die öffentliche Hand (z.B. Universitäten, Kliniken usw.) einbezogen werden. Dies führt für die Kommunen zu verstärkten Anreizen, sich für die Schaffung neuer Arbeitsplätze einzusetzen. Dies stärkt das Band zwischen Kommunen und den ortsansässigen Arbeitgebern. Insbesondere führt dies aber auch zu einer Verstärkung der kommunalen Einnahmen.

Dieses Vier-Säulen-Modell stellt nach meiner festen Überzeugung eine diskussionswürdige Alternative dar. Wir sollten dieses Modell intensiv und ergebnisoffen prüfen und im Rahmen der beabsichtigten Unternehmensteuerreform in unsere Überlegungen einbeziehen.

Otto Bernhardt ist der finanzpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

RLP: CHRISTIAN BALDAUF NEUER FRAKTIONS-VORSITZENDER

Die CDU-Landtagsfraktion in Rheinland-Pfalz hat **Christian Baldauf** aus Frankenthal zum neuen Fraktionsvorsitzenden gewählt. Zu stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden wurden



Marlies Kohnle-Gros, Alexander Licht und Josef Rosenbauer gewählt. Als Parlamentarischen Geschäftsführer hat die Fraktion **Hans-Josef Bracht** bestimmt.

Frauen Unionen von CDU und CSU

„Partnermonate nicht zerreden“

Die Vorsitzenden der Frauen Unionen von CDU und CSU, die Staatsministerinnen Maria Böhmer und Emilia Müller, warnen davor, den im Zuge des Elterngeldes dringend gebotenen Handlungsbedarf für junge Familien zu zerreden.

Anlass für die derzeitige Debatte um familienpolitische Maßnahmen sind die so genannten Partnermonate. Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen plant, dass das Elterngeld als Lohnersatzleistung für 12 Monate gezahlt werden soll, wenn sich zwei Monate davon der berufstätige Vater oder die berufstätige Mutter der Kinderbetreuung widmet.

„Mit der Einführung von zwei Partnermonaten beim Elterngeld können Familien von Anfang an den Wunsch nach einer partnerschaftlichen Teilung von Familienarbeit und Erwerbstätigkeit verwirklichen“, so Böhmer und Müller.

Scharf kritisieren die Vorsitzenden die Scheindebatte, die mit Blick auf eine mögliche Einschränkung der elterlichen Gestaltungsfreiheit der Erziehung ge-



Maria Böhmer, Staatsministerin im Bundeskanzleramt

führt wird: „Die Partnermonate sind als Angebot an die Eltern zu verstehen, mit dem Ziel, Einkommenseinbrüche zu vermeiden und die wirtschaftliche Selbstständigkeit beider Elternteile zu gewährleisten. Tatsache ist, dass heute der überwiegende Teil der Frauen berufstätig ist, bevor sie ihr erstes Kind bekommen. Nach dem 30. Lebensjahr nimmt der Anteil von Frauen in Führungspositionen drastisch ab. Auch wissen wir, dass immer noch viele Frauen nach der Geburt ih-

rer Kinder nicht in den Beruf zurückkehren können, obwohl sie sich dies wünschen.“

„Kinder brauchen intensive Zuwendung von Vater und Mutter. Wir wollen die Rolle des Vaters in der Erziehung stärken. Wissenschaftliche Studien belegen seine Bedeutung für die Kindererziehung. Kinder und Eltern profitieren davon gleichermaßen. Auf diese Impulse für eine Kinderbejahende, familienfreundliche Gesellschaft können wir nicht verzichten. Damit Frauen gleiche Chancen im beruflichen Leben erhalten wie Männer, ist es wichtig, dass Väter ermutigt werden, sich einige Zeit ganz der Erziehung ihrer Kinder zu widmen. Bislang ist der Rechtfertigungsdruck auf Väter, die Elternzeit nehmen, am Arbeitsplatz und in der Gesellschaft immer noch zu groß“, resümieren Böhmer und Müller.

WAHLTERMINE 2006

- 10. September** Kommunalwahl Niedersachsen
- 17. September** Landtagswahl Mecklenburg-Vorpommern
- 17. September** Landtagswahl/Kommunalwahl Berlin

Neue Dynamik für Ausbildung

Der Ausbildungspakt hat sich bewährt. Die Wirtschaft hat in den letzten zwei Jahren ihre Selbstverpflichtung erfüllt. Im letzten Jahr haben Kammern und Verbände 63.400 neue Ausbildungsplätze eingeworben und rund 40.000 Betriebe erstmals für Ausbildung gewonnen. Dennoch zeigt der neue Berufsbildungsbericht, dass es weiterer Anstrengungen bedarf. Insgesamt wurden im letzten Ausbildungsjahr 550.180 neue Ausbildungsverträge abgeschlossen. Das sind vier Prozent weniger als im Vorjahr.

Der Ausbildungspakt braucht eine neue Dynamik. Aus diesem Grund haben die Koalitionsfraktionen einen gemeinsamen Antrag in den Deutschen Bundestag eingebracht. Der Antrag unterstützt die neue Strukturinitiative von Bildungsministerin Annette Schavan und fordert die beschleunigte Umsetzung des seit 2005 in Kraft getretenen neuen Berufsbildungsrechtes. Auszubildende sollen vermehrt als Stufenausbildungen ausgestaltet werden. Auszubildende, die eine



Ilse Aigner

zweijährige Ausbildung, etwa zum Krankenpflegehelfer, absolviert haben, sollen bei erfolgreichem Abschluss die Möglichkeit haben, die bisherige Ausbildungszeit auf Berufe mit dreijähriger Ausbildungszeit voll anrechnen zu lassen. Auf diese Weise soll die Möglichkeit geschaffen werden, sich aus dem Niedriglohnsektor auch ohne Hauptschulabschluss in andere Berufsgruppen weiter zu entwickeln. Damit wird gerade praktisch begabten Jugendlichen eine Perspektive gegeben. Berufsausbildungen werden für Hauptschüler wieder geöffnet. Ferner bietet das neue Berufsbildungsrecht verbesserte Regelungen zur Verbundausbildung von Betrieben.

Notwendig ist die Vernetzung von Aus- und Weiterbildung. Deshalb hat die Koalitionsvereinbarung eine weitere parlamentari-



Uwe Schummer

sche Initiative zum Bildungssparen und zum Lebenslangen Lernen aufgenommen, die die Unionsfraktion noch vor der parlamentarischen Sommerpause aufgreifen wird.

Ilse Aigner ist die Bildungspolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion, **Uwe Schummer** der Berichterstatter für Berufliche Aus- und Weiterbildung.

Städte und Gemeinden bewegen sich in richtige Richtung

Mit ihrer Stellungnahme zur Reform der Unternehmensbesteuerung erkennen der Deutsche Städtetag und der Deutsche Städte- und Gemeindebund den politischen Handlungsdruck an, der sich aus den im internationalen Wettbewerb zu hohen nominalen Tarifen der Unterneh-



Peter Götz

mensbesteuerung ergibt. Die deutschen Städte und Gemeinden bewegen sich damit in die richtige Richtung und sind dafür offen, im Zuge einer Unternehmenssteuerreform zu niedrigeren nominalen Steuersätzen zu kommen.

Mit ihrer Erklärung folgen sie der überwiegenden Mehrheit der Wirtschafts- und Steuerexperten, die eine Reform der Unternehmensbesteuerung fordert. Dabei muss allerdings klar sein, dass Alternativen für die Gewerbesteuer kein Tabu sein können.

Die Große Koalition will bis zum 1. Januar 2008 eine wirtschaftskraftbezogene Unternehmensbesteuerung mit kommunalem Hebesatzrecht schaffen. Ziel ist es, die Kommunalfinanzen mit dieser Reform auf eine solide Basis zu stellen. Deshalb werden wir gemeinsam mit den Städten, Gemein-

den und Landkreisen ausgewogene Lösungen finden.

Jetzt gilt es zur Vorbereitung der Entscheidungen, die verschiedenen Reformvorschläge auf ihre Folgewirkungen zu prüfen. Das Recht der Kommunen, über Hebesätze eigenverantwortlich ihre kommunale Steuer zu bestimmen, darf dabei nicht in Frage stehen.

Peter Götz ist der kommunalpolitische Sprecher der Bundestagsfraktion.

Familie ist unser Zukunftsmodell

Der siebte Familienbericht der Bundesregierung ist ein Erfolgsbericht für Familienministerin von der Leyen. Nur wenige Monate nach Amtsübernahme ist es ihr gelungen, Familienpolitik ins Zentrum der Aufmerksamkeit zu rücken. Viele im Bericht vorgeschlagene Maßnahmen sind oder werden bereits umgesetzt.

Dennoch besteht weiterer Handlungsbedarf für eine zukunftsorientierte Familienpolitik.

Es gilt bessere Rahmenbedingungen zu schaffen, um Familien zu mehr Kindern zu ermutigen. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie muss durch passgenaue Betreuungsangebote



Johannes Singhammer

für Kinder weiter vorangebracht werden. Leistungen für Familien müssen besser gebündelt und effektiver eingesetzt werden.

Zu einer modernen Familienpolitik gehört für die CDU/CSU der Grundsatz der Wahlfreiheit der Familienmodelle. Niemandem soll vorgeschrieben werden, wie er sein Leben mit Kindern zu gestalten hat. Unser Respekt gilt allen Familien, die sich für Kinder entscheiden und für ihre Kinder da sind.

Johannes Singhammer ist der familienpolitische Sprecher der Bundestagsfraktion.

Aktuell auf der Internetseite der Bundestagsfraktion unter www.cducusu.de

■ Strategische Elemente einer zukunftsfähigen Energiepolitik. Versorgungssicherheit – Wettbewerb – Forschung. Beschluss der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vom 4. April 2006

Bestellschein > Fan-Schminke-Karte

CDU-Bundesgeschäftsstelle
Bereich Produktion und Distribution
Klingelhöferstraße 8
10785 Berlin

Fax 030/220 70-389

E-mail: yvonne.herrmann@cdu.de

Absender/KV-Nr. Rechnungsanschrift		Lieferanschrift (falls nicht identisch)
CDU-Verband oder Name		CDU-Verband oder Name
Ansprechpartner		Ansprechpartner
Straße, Nr.		Straße, Nr.
PLZ, Ort		PLZ, Ort
Telefon		Telefon

Bitte vollständig in Druckschrift ausfüllen. Sie erleichtern uns dadurch die Bearbeitung.



FAN-SCHMINKE-KARTE ZUR WM

Einfach mit angefeuchtem Finger die gewünschte
Fahnen-Farbfläche aufreiben und aufs Gesicht auftragen.

2 Schminkkarten sind in einer Polytüte verpackt.

Eine Verpackungseinheit = 100 Schminkkarten (50 Polytüten)!

Artikel	Menge	Gesamt- preis
FAN-SCHMINKE-KARTE		
Bestell-Nummer: H314 Preis je 100 Stück (50 Tüten): 12,93 € inkl. MwSt.: 15,00 €		

Alle Preise sind zzgl. Versandkosten.

Versandkosten für Bestellmengenstaffel:

- 100 Expl. = 3,00 € Versandkosten inkl. MwSt.
- 200 Expl. bis 1.400 Expl. = 5,20 € Versandkosten inkl. MwSt.
- 1.500 Expl. bis 3.000 Expl. = 6,70 € Versandkosten inkl. MwSt.

Datum, Unterschrift

Der Countdown läuft – Deutschland im Fußballfieber!

Die Fußball-WM rückt immer näher und die Vorfreude steigt.

Seien Sie mit CDU-Aktionen rund um den Fußball vor Ort dabei. Lassen Sie „Groß und Klein“ an diesem besonderen Ereignis teilhaben und begeistern Sie die Bürger. Wir bieten Ihnen für Ihre Veranstaltungen und Straßenaktionen die richtigen Werbeartikel an.

**Jetzt ganz neu und Top im Trend –
unser aktueller Fußball.**

CDU Fußball „Schwarz-Rot-Gold“
Wettkampf/Trainingsfußball –
geeignet für jedes Wetter und jeden Platz

Bestell-Nummer: **9318**

Preis je **Stück: 13,00 €**

inkl. MwSt.: 15,08 €



Diese **Fan-Schminke-Karte** ist der geniale Begleiter zur WM. Verteilen Sie diese Schminke-Karten in Kneipen, an Vereine, Freunde und an den Fußball-Fan von nebenan.

Siehe Bestellschein Seite 12 **Fan-Schminke-Karte**

Bestell-Nummer: **H314**

Preis je **100 Stück** (50 Tüten): **12,93 €**

inkl. MwSt.: 15,00 €



Unverzichtbar! Unser Spielplaner zur WM.
Er ist handlich im Format und informiert über die Gruppenphasen der Vorrundenspiele bis hin zum Finale.

Der Fußballplaner zur Weltmeisterschaft

Bestell-Nummer: **9849**

Preis je **500 Stück: 16,00 €**

inkl. MwSt.: 18,56 €



Organisieren Sie schon jetzt alles was man für ein Fußball-Event und eine Party braucht!



Papierfähnchen CDU und Deutschland/Europa

Papierfähnchen mit zwei verschiedenen Seiten

Bestell-Nummer: **9426**

Preis je 1.000 Stück: **59,00 €**

inkl. MwSt.: 68,44 €



CDU-Luftballon

Bestell-Nummer: **9304**

Preis je **500 Stück: 30,00 €**

inkl. MwSt.: 34,80 €



Luftballon „Smilie“

in zwei verschiedenen Farben (Blau und Weiß) je Verpackung

Bestell-Nummer: **9874**

Preis je **100 Stück: 13,00 €**

inkl. MwSt.: 15,08 €



Bierdeckel

Bestell-Nummer: **9292**

Preis je **600 Stück: 15,90 €**

inkl. MwSt.: 18,44 €



Vitaminbonbon-Set

3 kg Bonbons + Bonbonschüttglas im Karton

Bestell-Nummer: **9178**

Preis je **3 kg-Glas: 26,00 €**

inkl. MwSt.: 30,16 €

Zeigen Sie Flagge mit unserer Team-Ausstattung!

Base-Cap „Deutschland“

100% Baumwoll-Canvas mit 3-farbigem Flaggenstick mit Klettverschluss auf jede Kopfgröße verstellbar

Bestell-Nr.: **9222**

Preis je **5 Stück: 12,50 €**

Preis inkl. MwSt.: 14,50 €

Bestell-Nummer: **9222A** – Einzelverkauf

Preis je **Stück: 3,00 €**

Preis inkl. MwSt.: 3,48 €



PIN „Deutschland“

Größe: 9 x 12 mm

Bestell-Nummer: **9227**

Preis je **100 Stück: 24,00 €**

inkl. MwSt.: 27,84 €



Polo-Shirt „Deutschland“

Polo-Shirt mit eingesticktem Deutschland-Emblem. Sehr hochwertige Qualität, 100 % Baumwollpique.

Bestell-Nummern:

9223 – Größe M

9224 – Größe L

9225 – Größe XL

9226 – Größe XXL

Preis je Stück: **14,50 €**

Preis inkl. MwSt.: 16,82 €



CDU Hissfahne

orange mit CDU-Logo im Weißraum
Querformat 3,00 m x 2,00 m

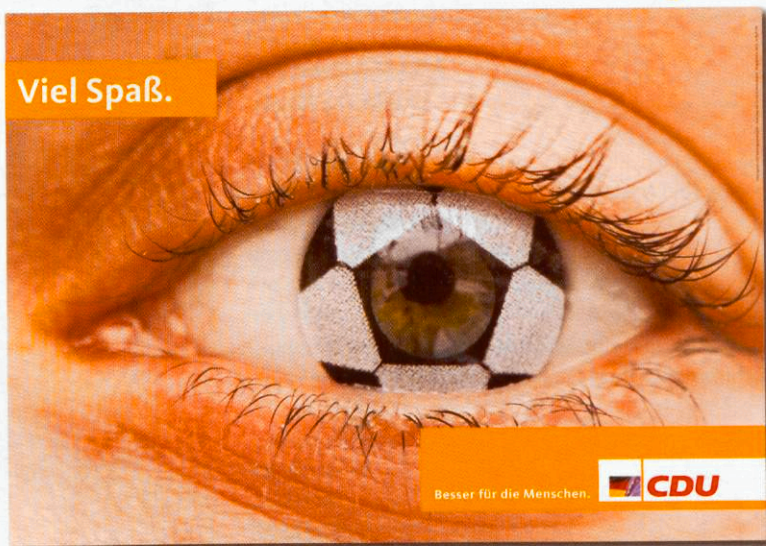
Bestell-Nummer: **0091**

Preis je **Stück: 26,00 €**

inkl. MwSt.: 30,16 €



Die neue Wandzeitung



Das ist die aktuelle Wandzeitung der CDU-Bundesgeschäftsstelle für Ihren Schaukasten oder Infostand. Sie kann von allen Kreis-, Stadt- und Ortsverbänden als Jahresabonnement beim UBG-Medienzentrum bestellt werden.